

Wider den Konsens – muss Demokratie streiten?

Politik soll Probleme lösen. Politikerinnen und Politiker sollen vernünftig miteinander reden, Kompromisse finden und möglichst Lösungen entwickeln, die von vielen Menschen getragen werden. Klingt eigentlich ziemlich demokratisch.

Doch die Politikwissenschaftlerin **Chantal Mouffe** sieht darin auch eine Gefahr: Eine Demokratie, die zu sehr auf Konsens setzt, kann das eigentlich Politische verlieren.

Politik braucht Konflikt

Mouffe unterscheidet zwischen „Politik“ und „dem Politischen“. ([Vgl. Politikbegriff](#))

Mit „Politik“ meint sie die Institutionen und Verfahren, die wir kennen: Parlamente, Regierungen, Parteien, Wahlen und politische Verhandlungen.

„Das Politische“ bezeichnet dagegen etwas Grundsätzlicheres: Menschen haben unterschiedliche Interessen und Vorstellungen davon, wie eine Gesellschaft aussehen soll. Diese Unterschiede lassen sich nicht immer durch vernünftige Diskussion aus der Welt schaffen.

Soll der Staat stärker für soziale Sicherheit sorgen oder stärker auf Eigenverantwortung setzen? Wie viel Ungleichheit ist gerecht? Wie offen soll eine Gesellschaft sein? Welche Rolle soll der Markt spielen?

Auf solche Fragen gibt es nicht einfach eine objektiv „richtige“ Antwort. Es sind **politische Konflikte**.

Mouffes These lautet deshalb: Demokratie sollte diese Konflikte nicht beseitigen wollen. Sie muss ihnen vielmehr einen Raum geben.

Gegner statt Feinde

Dabei unterscheidet Mouffe zwei Formen des Konflikts.

Beim **Antagonismus** stehen sich politische **Feinde** gegenüber. Die jeweils andere Seite wird nicht mehr als legitimer Teil der politischen Gemeinschaft anerkannt.

Dem stellt Mouffe den **Agonismus** gegenüber. Hier gibt es ebenfalls harte politische Auseinandersetzungen. Die Beteiligten betrachten einander aber als **legitime**

Gegner. Sie bekämpfen die politischen Vorstellungen der anderen Seite, akzeptieren jedoch deren Recht, für diese Vorstellungen einzutreten.

Demokratie bedeutet dann nicht, Konflikte abzuschaffen. Sie bedeutet, aus Feindschaft politische Gegnerschaft zu machen.

Man könnte von einem „**konfliktuellen Konsens**“ sprechen: Wir sind uns möglicherweise überhaupt nicht darüber einig, welche Politik richtig ist. Aber wir akzeptieren gemeinsame demokratische Regeln und das Recht der anderen, für ihre Position zu kämpfen.

Was passiert, wenn Parteien sich zu ähnlich werden?

Mouffe kritisiert, dass sich in vielen westlichen Demokratien seit den 1990er-Jahren die großen Parteien in grundlegenden Fragen angenähert hätten. Viele politische Entscheidungen seien als pragmatisch, vernünftig oder sogar „alternativlos“ dargestellt worden.

Politik erscheine dann weniger als Streit zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen und mehr als Suche nach der technisch besten Lösung.

Die Unterschiede zwischen den Parteien werden kleiner. Regieren erscheint zunehmend als Verwaltung des Bestehenden.

Das hat eine problematische Folge: Menschen, die mit den bestehenden Verhältnissen grundsätzlich unzufrieden sind, finden ihre Positionen möglicherweise im etablierten Parteiensystem nicht mehr wieder.

Eine Chance für populistische Parteien

Hier setzt Mouffes Erklärung für den Erfolg populistischer Parteien an.

Wenn etablierte Parteien den Eindruck vermitteln, dass es zu grundlegenden politischen Fragen eigentlich keine Alternative gebe, können populistische Parteien behaupten:

„Wir sind die Einzigen, die wirklich etwas verändern wollen.“

Sie bieten außerdem starke politische Identitäten an: etwa den Gegensatz zwischen „**dem Volk**“ und „**den Eliten**“, zwischen „uns“ und „denen da oben“.

Deshalb können rechtspopulistische Parteien gerade dort erfolgreich werden, wo viele Menschen die etablierten Parteien als zu ähnlich empfinden, als politischen Mainstream

Daraus folgt allerdings nicht, dass die politischen Antworten populistischer Parteien richtig sind. Die entscheidende Frage lautet vielmehr:

Warum gelingt es demokratischen Parteien nicht ausreichend, unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und grundlegende politische Alternativen sichtbar zu machen?

Demokratie muss streiten können

Die Konsequenz aus Mouffes Überlegungen lautet deshalb nicht: Wir brauchen mehr Hass oder gesellschaftliche Feindschaft.

Im Gegenteil.

Eine lebendige Demokratie braucht **sichtbare politische Alternativen und echten politischen Streit**. Bürgerinnen und Bürger müssen zwischen unterschiedlichen Vorstellungen davon wählen können, wie die Gesellschaft gestaltet werden soll.

Wer Konflikte ständig mit Appellen an Vernunft, Sachzwänge oder gesellschaftlichen Zusammenhalt vermeiden will, beseitigt sie nämlich nicht unbedingt. Die Konflikte können außerhalb der etablierten demokratischen Auseinandersetzung umso heftiger zurückkehren.

Demokratie besteht deshalb nicht nur darin, Kompromisse zu finden.

Sie besteht auch darin, **Konflikte auszuhalten, politische Alternativen zu formulieren und Gegner als Gegner anzuerkennen, ohne sie zu Feinden zu machen**.

Leitfrage

Wie viel Konsens braucht eine Demokratie – und wie viel Konflikt muss sie aushalten?